



Indikatoren-Checkliste Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel

1. ANWERBUNG

1.1. Wurde der/die Arbeitnehmer*in bei der Anwerbung getäuscht?	
Nahm die Anwerbung informelle Formen an? (z.B. über Internet oder Bekannte, ohne genaue Informationen über Arbeitsbedingungen)	
Wurde dem/der Arbeitnehmer*in ein in Deutschland rechtswidriger Vertrag angeboten?	
Wurde der/die Arbeitnehmer*in über Verdienstmöglichkeiten getäuscht?	
Entsprechen die Arbeit und Arbeitsbedingungen (Zeit, Ort, Umfeld) nicht den bei der Anwerbung versprochenen Bedingungen?	
1.2. War der/die Arbeitnehmer*in während der Aus- bzw. Einreise besonders hilfsbedürftig?	
Ist der/die Arbeitnehmer*in das erste Mal im Ausland?	
War der/die Arbeitnehmer*in für die Vorbereitung und /oder Organisation der Reise (Ticket, Reisedokumente, Genehmigungen) auf Dritte angewiesen?	
Reiste der/die Arbeitnehmer*in irregulär ein?	
2. ZWANG IM ARBEITSVERHÄLTNIS	
2.1. Ist der/die Arbeitnehmer*in bei dem/der Arbeitgeber*in oder Vermittler*in verschuldet?	
Müssen die Reisekosten von dem/der Arbeitnehmer*in zurückgezahlt bzw. getragen werden?	
Bestehen hohe Vorausgebühren vor Arbeitsbeginn, z.B. für die Vermittlung?	
Wurden von dem/der Arbeitnehmer*in hohe Kredite im Herkunftsland aufgenommen, um Schulden bei dem/der Arbeitgeber*in / Vermittler*in zu begleichen?	
Bestehen wachsende Schulden durch neue/nachträgliche (unangemessene) Forderungen von dem/der Arbeitgeber*in (für Unterkunft, Gebühren usw.)?	
Sind Rückzahlungsmodalitäten für den/die Arbeitnehmer*in unklar und/oder schlecht überprüfbar?	

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages





2.2. Wird der Lohn komplett oder teilweise einbehalten?

Wird der Lohn vorenthalten und eine spätere Lohnzahlung versprochen?	
Hat der/die Arbeitnehmer*in zu Beginn der Tätigkeit nur eine kleine Anzahlung bekommen, später aber keine Zahlung mehr?	
Hat der/die Arbeitnehmer*in keinen Zugang zu den Einkünften? (z.B. Lohn wird an Dritte gezahlt)	
2.3. Wird der/die Arbeitnehmer*in isoliert/ eingesperrt/ überwacht?	
Trifft es zu, dass der/die Arbeitnehmer*in	
die Unterkunft nicht frei wählen darf?	
keinen freien Zugang zu Telefon/ Internet hat?	
sich nicht frei bewegen kann? (z.B. weil ihm/ihr der Ausweis weggenommen wurde)	
beim Knüpfen sozialer Kontakte (z.B. zu Nachbarn, Arbeitskolleg*innen) eingeschränkt wird?	
die Umgebung nicht kennt und ggf. von dem/der Arbeitgeber*in / Mittler*in zum Arbeitsplatz (und zurück) gebracht wird?	
2.4. Wird der/die Arbeitnehmer*in eingeschüchtert?	
Trifft es zu, dass der/dem Arbeitnehmer bzw. die/der Arbeitnehmerin	
Spuren von Misshandlungen aufweist?	
unruhig, verängstigt und/oder unsicher wirkt?	
mit Gewalt gedroht wird/wurde?	
mit Denunzierung bei Behörden gedroht wird?	
gezwungen wird, gegenüber den Behörden zu lügen? (z.B. vorgegebene Antworten bei Kontrollen)	
von dem/der Arbeitgeber*in mit noch schlechteren Arbeitsbedingungen oder einer "Strafversetzung" in eine andere Tätigkeit gedroht wird?	

Gefördert durch:







2.5. Wird die Unkenntnis des Arbeitnehmers / der Arbeitnehmerin in Bezug auf arbeits- und aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen oder seine/ihre Hilflosigkeit ausgenutzt?

Trifft es zu, dass der/dem Arbeitnehmer bzw. die/der Arbeitnehmerin	
keinen regulären Aufenthaltsstatus hat?	
aufenthaltsrechtlich an den/die Arbeitgeber*in gebunden ist?	
eine Arbeitserlaubnis fehlt?	
keine eigenen finanziellen Mittel hat (z.B. um den/die Arbeitgeber*in zu verlassen/für die Heimreise)?	
sich in Deutschland nicht/kaum verständigen kann?	
seine/ihre Arbeitsrechte in Deutschland nicht kennt (Arbeitszeit, Mindestlohn in der Branche, Freizeitregelung usw.)?	-
sich über längeren Zeitraum extrem schlechten Arbeitsbedingungen unterwarf?	
3. AUSBEUTERISCHE BESCHÄFTIGUNG	
3.1. Gibt es beim Arbeitsvertrag und bei der Lohnzahlung Unstimmigkeiten?	
3.1. Gibt es beim Arbeitsvertrag und bei der Lohnzahlung Unstimmigkeiten? Trifft es zu, dass	
Trifft es zu, dass	
Trifft es zu, dass kein Arbeitsvertrag existiert?	
Trifft es zu, dass kein Arbeitsvertrag existiert? der Arbeitsvertrag in einer für den/die Arbeitnehmer*in fremden Sprache verfasst ist?	
Trifft es zu, dass kein Arbeitsvertrag existiert? der Arbeitsvertrag in einer für den/die Arbeitnehmer*in fremden Sprache verfasst ist? ein inoffizieller "Zweitvertrag" mit schlechteren Bedingungen existiert?	
Trifft es zu, dass kein Arbeitsvertrag existiert? der Arbeitsvertrag in einer für den/die Arbeitnehmer*in fremden Sprache verfasst ist? ein inoffizieller "Zweitvertrag" mit schlechteren Bedingungen existiert? die im Vertrag festgehaltenen Arbeitszeiten klar über- oder unterschritten werden?	
Trifft es zu, dass kein Arbeitsvertrag existiert? der Arbeitsvertrag in einer für den/die Arbeitnehmer*in fremden Sprache verfasst ist? ein inoffizieller "Zweitvertrag" mit schlechteren Bedingungen existiert? die im Vertrag festgehaltenen Arbeitszeiten klar über- oder unterschritten werden? die Bezahlung niedriger als der Mindestlohn ist?	
Trifft es zu, dass kein Arbeitsvertrag existiert? der Arbeitsvertrag in einer für den/die Arbeitnehmer*in fremden Sprache verfasst ist? ein inoffizieller "Zweitvertrag" mit schlechteren Bedingungen existiert? die im Vertrag festgehaltenen Arbeitszeiten klar über- oder unterschritten werden? die Bezahlung niedriger als der Mindestlohn ist? es Lohnabzug als "Strafe" gibt?	

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

aufgrund eines Beschlusses

¹ Weniger als die Hälfte des (gesetzlichen oder tariflichen) Mindestlohns, unter Einbeziehung ggf. üblicher Zuschläge und Sonderzahlungen

 $^{^2}$ z.B. blanko unterschriebene Stundenzettel; keine oder fehlerhafte Lohnabrechnungen / Belege über Lohnzahlungen; zu hohe Abzüge für Unterkunft / Verpflegung / Kleidung





3.2. Übersteigen die Arbeitszeiten den gesetzlichen Rahmen?

Handelt es sich um	
ständige Überstunden?	
keine oder nur extrem kurze Arbeitspausen (die evtl. willkürlich unterbrochen werden)?	
keine freien Tage?	
3.3. Fehlt die soziale Absicherung und der Arbeitsschutz	
Trifft es zu, dass	
dem/der Arbeitnehmer*in Krankheitstage verweigert werden?	
der/die Arbeitnehmer*in von dem/der Arbeitgeber*in keine/unzureichende Schutzkleidung erhält?	
der/die Arbeitnehmer*in sich während der Arbeitszeit verletzte und nach dem Arbeitsunfall keine angemessene medizinische Versorgung erhielt bzw. ihm diese verweigert wurde?	
dass Arbeitsunfälle nicht der Berufsgenossenschaft gemeldet wurden?	
3.4. Ist die Unterbringung und Versorgung des Arbeitnehmers / der Arbeitnehmerin schlecht?	
Handelt es sich um	
eine schlechte Unterkunft? (zu viele Arbeitnehmer*innen auf engem Raum untergebracht; unhygienische Zustände; keine Heizung und kein Strom)	
eine ungenügende Verpflegung/einen schlechten gesundheitlichen Gesamtzustand des/der Arbeitnehmers/Arbeitnehmerin?	
DRANCHENCREZIEICCHE INDIVATOREN	
BRANCHENSPEZIFISCHE INDIKATOREN	
3.5. Baugewerbe	
Ist der einzige Kontakt des Arbeitnehmers / der Arbeitnehmerin ein/e Vorarbeiter*in, der/die evtl. einen falschen Namen / Telefonnummer angegeben hat?	
Musste der/die Arbeitnehmer*in bei der Anwerbeagentur eine "Kaution" hinterlegen, die einbehalten wird, wenn er/sie sich im Zielland gewerkschaftlich engagiert oder an Streiks teilnimmt?	

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages





3.6. Gebäudereinigung

Wird der/die Arbeitnehmer*in pro gereinigtem Zimmer bezahlt, aber der Preis pro Zimmer ist so niedrig angesetzt, dass der Verdienst auf die Stunde gerechnet extrem gering ist?	
Muss der/die Arbeitnehmer*in trotz niedriger Bezahlung auch noch selbst für Putzausrüstung und Reinigungsmittel aufkommen?	
3.7. Gastronomie	
Musste der/die Arbeitnehmer*in einen "Kopfpfand" zahlen, um ihn/sie am "Weglaufen" zu hindern?	
Muss der/die Arbeitnehmer*in zusätzliche Arbeiten ausführen, die nicht im Arbeitsvertrag stehen (z.B. Putzen/Gartenarbeit im Arbeitgeber*innen-Haushalt, Betreuung von Kindern/pflegebedürftigen Familienmitgliedern des Arbeitgebers / der Arbeitgeberin)?	
Wohnt der/die Arbeitnehmer*in am selben Ort, an dem sich der Arbeitsplatz befindet, ist rund um die Uhr am Arbeitsplatz und hat keine Privatsphäre?	
Wurde der/die Arbeitnehmer*in erst verspätet bei den Behörden angemeldet, musste aber schon vorher arbeiten?	
Maßt sich der/die Arbeitgeber*in an, die/den Arbeitnehmer*in gegenüber Außenstehenden (z.B. im Krankenhaus) zu vertreten?	

Gefördert durch:

